

Ulrich Wyrwa

BRD Ade. Zum Ende der Nachkriegszeit

Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm.
Bertold Brecht

Die Geschichte der zwei deutschen Staaten wird abgebrochen; und dies, obgleich nicht wenige Historikerinnen und Historiker noch bis vor kurzem die Zweistaatlichkeit Deutschlands als eine durchaus sinnvolle und mit historischen Argumenten gestützte Antwort auf ‚die deutsche Frage‘ angesehen haben. Nicht weil die Elbe schon im frühen Mittelalter Grenzlinie zwischen dem slawischen Osten und dem germanisch-romanischen Westen bildete, konnte die deutsche Zweistaatlichkeit für legitim gehalten werden. Die Zweistaatlichkeit Deutschlands hatte vielmehr deshalb vieles für sich, weil der ungeteilte deutsche Nationalstaat im 20. Jahrhundert gleich zweimal Europa ins Chaos gestürzt hat. Die spannendsten Perioden und glücklichsten Momente der deutschen Geschichte hingegen rühren aus seiner Vielfalt an regionalen Traditionen. Das großpreußisch-kleindeutsche Reich hingegen, das dieser Vielfalt der Länder ein Ende setzte, kann heute in keiner Weise ein Orientierungspunkt für ‚die deutsche Frage‘ sein. Dieses Reich, das nur mit Hilfe von List und Krieg und sowohl gegen die demokratischen Intentionen der Zeitgenossen als auch gegen die Ambitionen der traditionellen Herrscherhäuser mit militärischer Gewalt durchgepeitscht wurde und Anfangs von Würt-

temberg bis Hamburg auf große Skepsis, wenn nicht deutlicher Ablehnung stieß. Insbesondere im Königreich Hannover und in der freien Stadt Frankfurt am Main, die beide von Preußen militärisch besetzt und wie erobertes Terrain behandelt wurden, waren die Aversion gegen das neue kleindeutsch-großpreußische Reich nur allzu deutlich. Und selbst der zukünftige Kaiser dieses Deutschland nahm dessen Krone nur äußerst unwillig an. Mit einer ungestümen und gewaltigen Schnelligkeit schlugen jedoch die liberalen Forderungen der Zeitgenossen um in nationalistische Überheblichkeiten. Deutschland maßte sich bald eine Sonderrolle gegenüber dem Westen an und setzte militärische Stärke über parlamentarische Rechte. Nachhaltig verschwand ein humaner Liberalismus aus der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland zugunsten von patriotisch-vaterländischem Untertanengeist. Dieses Reich okkupierte an seinen Rändern nationale Minderheiten und steigerte sich in einen unermeßlichen Nationalismus hinein. Es hatte seine für den Frieden in Europa so unheilvolle politische Kultur in zwei Weltkriegen, die von deutschen Boden ausgingen, unter Beweis gestellt.

So konnte es durchaus als eine historisch sinnvolle Lösung erscheinen, aus dem Untergang dieses deutschen Reiches zwei deutsche Staaten hervorgehen zu lassen. Plausibel konnte diese Antwort auch deshalb sein, weil die militärische Antwort, die Preußen im 19. Jahrhundert auf die damalige ‚deutsche Frage‘ gegeben hatte, schon einmal eine Zweistaatenlösung hervorgebracht hatte, gleichsam die erste Teilung Deutschlands, diejenige zwischen Österreich und dem kleindeutschen Reich. Wie labil diese Zweistaatlichkeit war, wurde 72

Jahre später deutlich. Weite Teile der österreichischen Bevölkerung feierten den Anschluß an das Deutsche Reich mit überschwänglichem, deutsch-nationalen Pathos. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnte sich Österreich dann sehr gut mit der alten Zweistaatlichkeit anfreunden, waren doch nur die österreichischen Pferde als verstockte Deutschnationale in der NSDAP und der SS. Auf diesem Wege bildete Österreich sein eigenes Nationalbewußtsein aus.

Die westdeutsche Nachkriegsgeschichte schien die zweite Zweistaatlichkeit Deutschlands gleichfalls zu rechtfertigen. Entgegen seinen öffentlichen Verlautbarungen hat Konrad Adenauer dazu nicht unwesentlich beigetragen. Sicher war und bleibt vieles von dem, was er gesagt hat, zwiespältig. Aber manchem von dem, was er getan hat, kann die späte Anerkennung nicht versagt werden. Die Verhinderung einer neuen nationalstaatlichen deutschen Großmacht scheint von Konrad Adenauers beharrlicher Kabinettpolitik durchaus mitgeprägt worden zu sein, ohne daß viel davon an die Öffentlichkeit drang. Es war ferner für die Republik eine glückliche Entscheidung, daß eine kleine Provinzstadt zum Sitz der Regierung auserkoren wurde. Auch dies ein Verdienst Konrad Adenauers. Und seine Motive? Möglicherweise haben alte Vorurteile gegenüber Rußland eine Rolle gespielt und sicher hatte er eine heftige Abneigung gegen die Ideen von Gleichheit und Solidarität. Was Adenauers Taten aber wohl doch stärker bestimmt hat, war seine antipreußische Haltung, seine Einsicht in die unheilvolle Rolle, die der preußische Militarismus für die europäische Geschichte gespielt hat. Preußen bestand sicherlich nicht nur aus seinen Soldaten, aber diese haben sich nun einmal mit besonderer

Schärfe in die deutsche Geschichte eingebrannt. Und in noch einem Punkt kann der Politik Konrad Adenauers Anerkennung nicht versagt werden: die Verständigung mit Frankreich. Die alten deutsch-nationalen Ressentiments gegen Frankreich konnten endlich überwunden werden, so daß sich eine enge Beziehung zwischen dem alten ‚Erbfeind‘ und Westdeutschland entwickelt hat.

Trotz der schweren Hypothek, die die deutsche Geschichte nach Hitler mit sich trägt, hat sich in Westdeutschland, so scheint es zumindest, eine demokratische Republik etablieren können. Die bundesdeutsche Bevölkerung ist wohl in ihrer Mehrheit demokratisch, dank des Geschenks, das die westlichen Befreier für Westdeutschland bereit hatten. Deutschnationales Geraune scheint heute nur mehr Relikt einer untergegangenen Epoche zu sein. Als ein gewiefter bayrischer Populist gestorben war, erzielte dann zwar eine gleichfalls populistische Partei mit nationalistischen Phrasen frappierende Wahlerfolge. Aber waren die Wähler deutschnational? Vielleicht ist es kein Zufall, daß Sozialneid, Verlustängste und Haß auf Fremde - Stimmungen, die in Krisenzeiten nur allzu leicht aufkommen - in Westdeutschland erst unter dem vorgetäuschten republikanischen Etikett geschürt werden konnten. Mag es noch immer die ewig Gestrigen geben, die Wroclaw noch für deutsch halten; diese Haltung kann heute nur mehr als ein ridiküler Rest aus der deutschen Vergangenheit gesehen werden.

Das Geschenk Demokratie haben die Ostdeutschen seinerzeit von ihrem Befreier nicht erhalten, im Gegenteil. Sie sind einer neuer Tyrannei unterworfen worden, von der sich erst jetzt, aber aus eigener Kraft, befreien konnten. Die Entwicklung von zwei deutschen Staaten

hätte sich mit großer Wahrscheinlichkeit durchgesetzt, wenn die Ochsen- und Eseltreiber des deutschen Kommunismus sich reformbereit gezeigt und früh genug die Umgestaltung in der Sowjetunion zum Anlaß genommen hätten, auch in Ostdeutschland den schwierigen Rückzug aus einem gescheiterten historischen Projekt anzutreten. Bis es zu spät war, und die Bevölkerung der DDR revoltierte. Die einen zogen in den BRD und die anderen fegten durch die immer imposanter werdenden Demonstrationen die Diktatur der Kommunisten hinweg. Und noch in diesem Moment schien es so, als ob diejenigen, die für ein wiedervereinigtes Deutschland eintraten, auswandern würden, während die Protestierenden durch ihre Revolution eine neue deutsche Republik begründen wollten. Mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit schlug jedoch die Forderung nach einem revolutionären Umbruch in der DDR um in die Forderung nach einem Anschluß der DDR an die BRD, eine Forderung, die alsbald massiv auf den Straßen in Ostdeutschland als Lösung aller Probleme zu vernehmen war. Ob die Deutschmark die Bevölkerung in Versuchung geführt hat und inwieweit populistische Versprechungen für diesen Umschwung ausschlaggebend waren, wird sich erst noch zeigen.

Die Zweitstaatlichkeit Deutschlands, diese Antwort auf die ‚deutschen Frage‘ scheint indes obsolet, und erledigt hat sich auch der ironische Topos von der Berliner Mauer als dem antipreußischen Schutzwall. Jene ominöse Frage hat ihre Antwort gefunden. Problemlos wird die Vereinigung der beiden deutschen Staaten jedoch nicht vonstatten gehen. Zumal der Neid der Einen und der Geiz der Anderen

der deutschen Gesellschaft genügend Schwierigkeiten bereiten dürfte und eine aufgeblähte BRD in sich überaus zerrissen sein wird.

Die Orientierung an den westlichen Demokratien, der Zusammenschluß Europas und der Aufbau einer föderalistischen Republik waren die in die Zukunftweisenden Verdienste der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Die Begegnung mit den freien, ungezwungenen Verhaltenweisen der Amerikaner, die legere lockere Haltung, die diese selbst als Soldaten an den Tag legten, hat den deutschen autoritären Charakter mit seiner zackig-militärischen Haltung endgültig begraben. Die lange behinderte Erfahrung westlicher Demokratie hat die westdeutsche Republik möglich gemacht.

Das Projekt der Europäischen Gemeinschaft, die im Kreis des europäischen Widerstandes gegen Hitlerdeutschland entstandene Idee eines freien und vereinten Europa, ist zwar bei weitem noch nicht in die Wirklichkeit umgesetzt, gleichsam noch in seinem vorkonstitutionellen Stadium steckengeblieben, aber deutschnationaler Dünkel wurde nun zu einem hilflosen Anachronismus. Andererseits ist es mit dem deutschen Nationalismus ein tückisch Ding. Wer will garantieren, das er, so anachronistisch er auch ist, nicht doch aus den Ruinen des deutschen Reiches wieder aufsteigt? Darüber hinaus ist nicht nur in Polen eine durchaus verständliche Furcht vor einer erneuten deutschnationalen Großmacht zu verspüren.

Die Bundesrepublik konnte sich auf die Traditionen von Freistaaten, selbständigen Ländern und freien Städten berufen. Es kam der Bildung der Demokratie in Westdeutschland zu Gute, daß es kein Zentrum gab. Der Verlust eines starken, hegemonialen Staates in-

nerhalb des Bundes, der die Rolle Preußens im Deutschland des 19. Jahrhunderts eingenommen hätte, wurde so zum Gewinn für die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik.

Die ‚deutsche Frage‘ ist wieder da, nachdem sie fast schon beantwortet schien, und es fragt sich, ob Deutschland wieder *ein* Staat werden soll. Warum aber nicht mehrere Deutschlands? Vier Zonen zum Beispiel, wie sie unmittelbar nach dem von Deutschland entfesselten Krieg gebildet worden waren. Auch könnte Bayern seine Ambitionen als Freistaat ernst nehmen und sich selbständig machen. Oder ein föderalistischer Deutscher Bund, der sich auf die demokratischen und liberalen Traditionen von 1848 berufen könnte. Oder eine Vielzahl deutscher Staaten, wie sie die deutsche Geschichte vor dem Bismarckreich geprägt hatte. Realistisch sind derartige Erwägungen freilich nicht. Wie sich die Geschichte entwickeln wird, ist noch ungewiß. Eine Volksabstimmung ergäbe wohl eine Mehrheit für eine Vereinigung von DDR und BRD, in welcher Form auch immer, ob Föderation oder Konföderation, ob Bundesstaat oder Staatenbund; über die Art des An- beziehungsweise Zusammenschlusses ist damit noch nicht viel gesagt.

Wie immer Deutschland auch aussehen mag, es wird eine der fundamentalen Aufgaben des neuen deutschen Staatsgebildes sein, einen ebensolchen Ausgleich, wie ihn Adenauer mit Frankreich gesucht hat, mit Polen zu finden. Die verordnete Freundschaft in der DDR hat, wie es scheint, diese so notwendige Freundschaft nicht ermöglichen können.

Und dann stellt sich noch die Frage der Hauptstadt. Warum aber sollte ausgerechnet Berlin Sitz einer zukünftigen deutschen Regierung werden? Eine Stadt, die vielmehr in der Rolle einer transnationalen und multikulturellen Metropole brillieren könnte denn als Regierungszentrum und Verwaltungssitz. Nicht New York zum Beispiel ist die Hauptstadt der USA, sondern eine so belanglose Verwaltungsstadt wie Washington. Für das neue Deutschland wäre es eine überaus weitsichtige Entscheidung, eine ähnlich unbedeutende Stadt, wie es Bonn einst war, zur Hauptstadt zu machen. Eine Stadt wie Magdeburg etwa böte sich dafür an. Diese Stadt hat nicht nur den Vorteil, geographische recht genau in der Mitte des neuen Deutschland zu liegen, auch historische Argumente sprächen dafür. Magdeburg ist schon einmal Ausgangspunkt der deutschen Ostkolonisation gewesen.

Berlin im Februar 1990